Gerhard Krebs

DIE JAPANISCHE DEUTSCHLANDPOLITIK 1936–1941

OAG aktuell

Die OAG ist eine 1873 in Japan durch deutsche Kaufleute, Gelehrte und Diplomaten gegründete Vereinigung, deren Ziel es u.a. ist, die Länder Ostasiens, insbesondere Japan, zu erforschen und darüber zu veröffentlichen.
Die Reihe OAG aktuell erscheint in unregelmäßigen Abständen und geht allen Mitgliedern der OAG kostenlos zu. Soweit die jeweilige Auflage reicht, steht sie auch anderen Interessenten zur Verfügung.
Die Manuskripte für die Reihe OAG aktuell gehen in der Regel auf Vorträge zurück, die in der OAG gehalten wurden. Sie enthalten grundsätzlich die Auffassung der jeweiligen Verfasser, die sich nicht notwendigerweise mit der Auffassung der OAG zu decken braucht.
Das vorliegende aktuell beruht auf einem Vortrag, der am 16. 9. 1981 in der OAG gehalten wurde.

Copyright © 1982 Deutsche Gesellschaft für Natur-und Völkerkunde Ostasiens (OAG) Tokyo, Japan
Printed in Japan, by Komiyama Printing Co., November 1982

Japan befand sich in den dreißiger Jahren auf der Suche nach wirtschaftlicher Stabilität, die durch die Weltwirtschaftskrise verlorengegangen war. Verschärfend wirkte sich in dieser Situation die zunehmende Abschottung des amerikanischen Marktes und des britischen Empire gegen die japanische Konkurrenz aus. Auch in China litt der japanische Handel unter Boykottmaßnahmen, die eine Antwort auf die ständigen Versuche *Tōkyōs* zu Eingriffen in die chinesische Politik und die chinesische Souveränität bildeten.

Auch außenpolitisch herrschte weitgehend Orientierungslosigkeit, die bis auf den Ersten Weltkrieg zurückzuführen war. Zwar gehörte Japan damals zu den Siegermächten, doch waren seine Gewinne - im Einklang mit seinem geringen Kriegsbeitrag - sehr bescheiden gewesen. Im großen und ganzen war der Ausgang des Ersten Weltkrieges für Japan eher negativ. Die angelsächsischen Mächte übten eine schier unangefochtene Vorherrschaft über die Welt aus, da das deutsche Gegengewicht fehlte. Daher sah sich Japan in Versailles eher auf der Verliererseite. Es war nun nicht mehr der umworbene Bündnispartner der Vorkriegszeit und der Kriegsjahre, sondern wurde als internationaler Störenfried angesehen. England weigerte sich 1922, das Bündnis aus dem Jahre 1902 zu verlängern, und in den Flottenabkommen von Washington (1922) und London (1930) zwangen die angelsächsischen Mächte das isolierte Japan, der Begrenzung seiner Flotte in einem Verhältnis von 60% zu der amerikanischen und ebenfalls 60% zu der britischen Marine zuzustimmen.

Der japanische Expansionsdrang richtete sich nun immer mehr gegen das schwache China. Sichtbarster Ausdruck war der sogenannte Mandschurische Zwischenfall im Jahre 1931. Die japanische Kwantung-

Armee[1] eroberte damals mit einem selbstinszenierten Bombenanschlag als Vorwand die Mandschurei, die eigentlich zu China gehörte, aber fast das Dasein eines unabhängigen Staates führte. Japan isolierte sich auf der internationalen Ebene völlig, besonders als es seine Verurteilung durch den Völkerbund im Jahre 1933 mit dem Austritt aus diesem Gremium beantwortete.

In dieser Situation war Japan froh, als im Jahre 1933 mit Hitlers Machtübernahme eine zweite revisionistische Macht auftauchte, nämlich das nationalsozialistische Deutschland, das die internationale Aufmerksamkeit in den folgenden Jahren stark auf sich zog. Bis zu einer Annäherung der beiden "Parias" in der internationalen Gesellschaft war aber noch ein weiter Weg zurückzulegen. Zunächst einmal besaß Hitler gar kein Konzept für eine Ostasienpoitik. Außerdem hegte er als Rassenfanatiker eine Abneigung gegen nicht-europäische Völker, wovon die Japaner nur ganz bedingt ausgenommen waren. Auch sein Grundsatz, die europäische Herrschaft über die Welt zu festigen und damit vor allem den Bestand des britischen Empire zu sichern, stand in diametralem Gegensatz zu dem japanischen Ziel, der Vertreibung der weißen Mächte aus Ostasien. Auch diktierte Hitler in den ersten Jahren seiner Herrschaft die deutsche Politik noch nicht allein. Er mußte vielmehr noch auf andere etablierte Machtgruppen Rücksicht nehmen - besonders auf Reichswehr, Wirtschaft und Auswärtiges Amt -, die eher pro-chinesisch als pro-japanisch eingestellt waren und außerdem über gute Kontakte zur UdSSR verfügten.

1. Bei der Kwantung-Armee handelte es sich um Streitkräfte, die Japan zum Schutz seiner Interessen in der Mandschurei unterhielt. Benannt war die Armee nach dem Kwantung-Pachtgebiet (Port Arthur), das Rußland nach dem Krieg mit Japan 1905 an das Kaiserreich hatte abtreten müssen.

Auch von japanischer Seite gab es keine zielstrebigen Versuche zur Annäherung an Berlin, das - wenn überhaupt - nur ein sehr schwacher Partner gewesen wäre. Den ersten Schritt unternahm dann bezeichnenderweise ein Vertreter der Armee, die seit der *Meiji*-Zeit über enge Beziehungen zu Deutschland verfügte, da sie hauptsächlich von deutschen Militärberatern aufgebaut worden war. Der Militärattaché in Berlin, *Ōshima Hiroshi*, führte ab 1935 Gespräche mit Joachim v. Ribbentrop, einem Vertreter der NSDAP und späteren Außenminister. Diese Unterredungen führten im November 1936 zum Abschluß des "Antikominternpaktes", der in einem veröffentlichten Teil einen Informationsaustausch über die Zersetzungsarbeit der Komintern vorsah und in einem geheimen Zusatz die Verpflichtung enthielt, die UdSSR mit keinerlei Maßnahmen zu entlasten, falls einer der Signatarstaaten Opfer eines sowjetischen Angriffs werden sollte.

Der Schock im Ausland - nicht nur in der UdSSR, sondern auch im Westen - über das Abkommen war sehr stark, nicht wegen des veröffentlichten Inhalts, sondern weil man sehr weitgehende geheime Absprachen dahinter vermutete und weil man annahm, die beiden revisonistischen Mächte würden in Zukunft einen gemeinsamen Kurs steuern. Dieser Eindruck verstärkte sich noch, als ein Jahr später, im November 1937, das expansionistische Italien dem Abkommen beitrat.

Die negative Reaktion des Auslandes führte auch in Japan dazu, daß der Widerstand gegen die Antikominternpolitik wuchs, insbesondere in Wirtschaftskreisen, am Hof und im Parlament. Bezeichnend war, daß man weniger eine Verschlechterung der Beziehungen zur UdSSR, sondern zu den Westmächten fürchtete; an einem guten Verhältnis zu Moskau war ohnehin keiner der Machtgruppen gelegen. Außerdem glaubten die japanischen Parteien durch eine Annäherung an Berlin

das parlamentarische System des eigenen Landes bedroht. Eine Verbindung mit Deutschland und Italien hätte leicht die Form einer "faschistischen Internationale" annehmen und zu einem weiteren Abbau demokratischer Freiheiten in Japan führen können. Diese Besorgnis verdient noch Beachtung bei der Analyse der weiteren Entwicklung.

Japan ging wegen der Reaktionen im In- und Ausland zunächst wieder auf eine kühle Distanz zu Deutschland, bis im Juli 1937 der China-Krieg ausbrach. Nun war das Kaiserreich mehr denn je international isoliert und mußte ein Eingreifen dritter Mächte in den Konflikt befürchten. *Tōkyō* zeigte daher ab 1938 Interesse an einer Militärallianz mit Berlin und Rom, um dritte Mächte abzuschrecken und sie durch eine drohende Haltung zur Einstellung der Rüstungs- und Finanzhilfe an Chiang Kai-shek zu zwingen. Bündnisverhandlungen jedoch, die ab Sommer 1938 geführt wurden, liefen sich schnell fest, da in Japan die meisten Machtgruppen die Allianz auf die UdSSR als potentiellen Gegner beschränkt sehen wollten, Deutschland und Italien aber auf einer Geltung des Bündnisses auch gegen England und Frankreich bestanden. Es hatte sich nämlich herausgestellt, daß für die deutschen und italienischen Expansionspläne nicht die UdSSR, sondern Großbritannien das Haupthindernis bildete. Die Verhandlungen fanden dann im August 1939 ein abruptes Ende durch den Hitler-Stalin-Pakt. Mit diesem Abkommen verband sich Deutschland ausgerechnet mit Japans Erzfeind - und verstieß außerdem gegen die Abmachungen des Antikominternpakts.

Die deutsch-japanischen Beziehungen erlebten einen absoluten Tiefpunkt, bis Deutschland im Frühjahr 1940 glänzende militärische Siege errang. Besonders die Niederlagen Hollands und Frankreichs betrafen auch Japan. Würde Deutschland nun die Hand nach den Kolonien dieser Mächte ausstrecken - Indochina und

Niederländisch-Indien -, die vor Japans Haustür lagen? Oder würden vielleicht England oder Amerika den Deutschen mit einer Besetzung zuvorkommen? Beides wäre für Japan höchst unerwünscht gewesen. Größer schien jedoch die Gefahr von Seiten des siegreichen Deutschland. *Tōkyō* bemühte sich daher um eine deutsche Anerkennung Ostasiens und Südostasiens als japanischer Einflußsphäre. Ein derartiges Zugeständnis von Seiten Berlins aber sollte seinen Preis haben.

Inzwischen hatte Deutschland nämlich erkennen müssen, daß England nicht in einem Blitzkrieg zu schlagen war. Je länger der Konflikt aber dauerte, desto stärker wurde die Gefahr eines amerikanischen Eingreifens auf Seiten Großbritanniens. Auch Japan mußte mit einer Intervention der USA bei einer Expansion in Südostasien rechnen. Daher stimmte es Berlins Bedingung für die Anerkennung der beanspruchten Einflußsphäre zu, dem Abschluß einer Militärallianz. Im September 1940 unterzeichneten Deutschland, Italien und Japan den sogenannten "Dreimächtepakt", ein Verteidigungsbündnis für den Fall eines amerikanischen Angriffs. Diese Allianz sollte die USA zur Neutralität zwingen und die Eroberungen der Signatarstaaten dadurch abschirmen. Außerdem hoffte Japan, durch eine Verbindung mit Berlin sich einer deutschen Vermittlung für einen Ausgleich mit der UdSSR bedienen zu können, denn für die geplante Expansion in Südostasien brauchte man Sicherheit im Rücken vor einem sowjetischen Angriff.

Im April 1941 schloß *Tōkyō* tatsächlich einen Neutralitätsvertrag mit Moskau ab, jedoch ohne deutsche Vermittlung und zu einem Zeitpunkt, als Hitler die letzten Vorbereitungen zum Angriff auf Rußland traf. Japan hatte jedoch andere Präferenzen als einen Krieg gegen die UdSSR. Nachdem das Kaiserreich schon seit dem Sommer 1940 in Nord-Indochina Truppen stationiert hatte, besetzte es im Juli 1941 auch noch den

Süden der französischen Besitzung. Diese Maßnahme hatte ein amerikanisches Wirtschaftsembargo zur Folge, das Japan besonders durch die fehlenden Öllieferungen traf. *Tōkyō* konnte sich ausrechnen, wann es wirtschaftlich und militärisch buchstäblich austrocknen würde, und zwar innerhalb von zwei Jahren. Da die Amerikaner außerdem für eine Aufhebung der Sanktionen nicht nur den Rückzug aus Indochina, sondern auch aus China forderten, entschloß sich Japan zum Krieg, der im Dezember 1941 mit dem Angriff auf Pearl Harbor begann.

Auch Deutschland und Italien erklärten den USA wenige Tage später den Krieg, jedoch nicht auf Grund des Dreimächtepaktes, der ja nur im Falle eines amerikanischen Angriffs in Kraft getreten wäre. Die Grundlage bildete vielmehr ein in aller Eile ausgehandelter deutsch-japanisch-italienischer Nichtsonderfriedensvertrag. Für Hitler, dessen Blitzkrieg in Rußland gescheitert war, schien damals ein deutsch-amerikanischer Krieg viel wahrscheinlicher als ein japanisch-amerikanischer Konflikt. Er war deshalb froh, durch den japanischen Angriff entlastet zu werden. Seine Kriegsteilnahme hatte aber ihren Preis: Japan durfte - ebenso wie die Achsenmächte - keinen Sonderfrieden schließen, durch den Deutschland den Amerikanern allein gegenübergestanden hätte.

Fragestellung

In der westlichen Geschichtsschreibung wurde bisher immer das japanische Heer allein verantwortlich für die Verbindung mit Deutschland gemacht. Dieses Bild beruhte weitgehend auf dem Tōkyōter Kriegsverbrecherprozeß, auf dem der Armee - und einigen zivilen nationalistischen Organisationen - fast die alleinige Schuld für den Krieg angelastet worden war. Inzwischen ist aber in der Historiographie längst erwiesen, daß nicht das Heer allein die japanische Politik bestimmte, sondern daß diese in einem komplizierten Entscheidungsprozeß zwischen verschiedenen Machteliten ausgehandelt wurde. Es ist daher kaum glaubhaft, daß gerade die Deutschlandpolitik eine Domäne der Armee gewesen sein sollte. Daher soll die Frage untersucht werden, wie eigentlich die Politik gegenüber Berlin zustandekam.

Untersucht man die innerjapanischen Machtkämpfe der hier behandelten Jahre, so stößt man schnell auf eine Strömung, die die etwas ungenaue Bezeichnung "Bewegung der Neuen Struktur"[2] trägt. Diese führte im Oktober 1940 zur Gründung einer Art von Einheitspartei,[3] und es ist oft etwas vorschnell der Schluß gezogen worden, hiermit habe Japan die Konsequenzen gezogen und sei auch in ideologischer Hinsicht ein vollwertiges Mitglied des faschistischen Blocks geworden. Es muß jedoch genauer untersucht werden, ob das deutsch-italienische System eine Rolle als Modell für die japanische Einheitspartei und die Umstrukturierung allgemein spielte.

Der japanische interne Entscheidungsprozeß und die Deutschlandpolitik

Der Antikominternpakt war, wie bereits erwähnt, aus einer Initiative des Militärattachés *Ōshima* in Berlin hervorgegangen. Derartige private Initiativen waren keineswegs ungewöhnlich für die japanische Politik und wurden nicht automatisch als Überschreitung der Kompetenzen angesehen. Sie erlaubten es der Führung in *Tōkyō* vielmehr, sich von einer unerwünschten oder gescheiterten Initiative ohne Gesichtsverlust zu distan-

2. *Shintaisei undō.*
3. *Taisei Yokusankai* (Gesellschaft zur Unterstützung der Kaiserlichen Herrschaft).

zieren; anderenfalls aber blieb der Regierung die Möglichkeit, einen erfolgversprechenden Weg weiterzuverfolgen und in die offizielle Politik einmünden zu lassen. Auf private Initiativen gingen übrigens auch in den folgenden Jahren eine Reihe von Friedensversuchen mit Chiang Kai-shek, die Einsetzung einer chinesischen Gegenregierung unter Wang Ching-wei und die japanisch-amerikanischen Ausgleichsgespräche im Jahre 1941 zurück.

Um sich aber zu vergegenwärtigen, welchen weiten Weg *Ōshima* bis zu einer vertraglichen Vereinbarung mit Deutschland vor sich gesehen haben muß, ist es notwendig, erst einmal - ganz schematisch - den japanischen Entscheidungsprozeß zu beschreiben.

Zunächst einmal mußte der Militärattaché seine vorgesetzte Dienststelle für den Plan gewinnen, den japanischen Generalstab. Dort würden wie in allen Fragen Offiziere der mittleren Ranggruppe - vom Major bis zum Oberst oder höchstens bis zum Generalmajor - die entscheidende Rolle spielen und einen Entwurf für die einzuschlagende Politik erarbeiten. Eventuell würden sie dabei bereits Gespräche mit Offizieren der gleichen Rangebene aus dem Kriegsministerium - und in wichtigeren Fällen auch mit Vertretern aus Marine und Außenministerium - führen. In jedem Falle aber "wuchs" die Entscheidung von unten nach oben durch einzelne Diskussionsgruppen. Der Mann an der Spitze - Stabschef oder Minister - vertrat dann letztlich nicht eine einsame persönliche Ansicht, sondern eine Gruppenentscheidung. Ein eigenmächtiger Entschluß von seiner Seite wäre ein Verstoß gegen den ungeschriebenen japanischen Sozialkodex gewesen, in dem Harmonie, Fürsorge für Untergebene sowie Berücksichtigung ihrer Ansichten und Interessen höchste Priorität genossen.

Der gleiche Weg wie in der Armee wurde in der Marine und in den verschiedenen Ministerien beschritten. Alle

Sektionen und Abteilungen, die an der Frage ein Interesse hatten, erarbeiteten Studien, die auf Konferenzen innerhalb der Ministerien oder auf Gesprächen mit Vertretern anderer Ressorts basierten. Auch die Einigung der einzelnen Machtgruppen untereinander wurde auf Konferenzen der mittleren Ebene vorbereitet, in der Regel zwischen Vertretern der Armee, der Marine und des Außenministeriums. Spielraum für eine eigenmächtige Entscheidung blieb den Politikern an der Spitze nur dann, wenn sich ihre Untergebenen nicht auf eine gemeinsame Linie einigen konnten. Voraussetzung für eine außenpolitische Entscheidung der japanischen Regierung war jedoch nicht nur, daß sich die wichtigsten Ministerien einig waren, sondern daß in Fragen, die militärische Angelegenheiten betrafen, auch Generalstab und Admiralität zugestimmt hatten. Diese nutzten damit eine kaiserliche Prärogative, die "Unabhängigkeit des Oberkommandos" von der politischen Führung.

Der endgültige Beschluß wurde dann im Inneren Kabinett gefällt, das gewöhnlich in Form einer Fünfministerkonferenz tagte, bestehend aus Premier, Außen-, Marine-, Kriegs- und Finanzminister. Statt dessen konnte auch eine Vierministerkonferenz - ohne den Finanzminister - oder zeitweise auch eine Sechsministerkonferenz[4] - unter Einbeziehung des Innenministers - abgehalten werden. Auch der Premier entschied nicht etwa die Richtlinien der Politik, sondern fungierte als Sprecher der Ministerrunde. Hatte das Kabinett endlich eine Einigung über einen internationalen Vertrag erreicht, so wurde der Entwurf dem Geheimen Staatsrat[5] vorgelegt, einem Beratungsorgan des Kaisers. Empfahl dieses Gremium die Annahme, erfolgte regelmäßig die Zustimmung des *Tennō*. Das Parlament

4. Sechsministerkonferenzen fanden nur in der Zeit von 1937–1938 unter dem ersten Kabinett *Konoe* statt.
5. *Sūmitsuin*.

besaß keinerlei Befugnisse bezüglich internationaler Verträge. Auch der Kaiser besaß nur dann Spielraum für eigene Entscheidungen, wenn sich seine Untergebenen - in diesem Falle militärische und politische Führer - nicht auf ein gemeinsames Konzept einigen konnten. Diesen Spielraum nutzte er z.B. zur Beendigung einer Offiziersrevolte 1936 und zur Kapitulation im Jahre 1945. Den Pazifischen Krieg konnte er 1941 dagegen nach seinem eigenen Rollenverständnis nicht verhindern, da dieser von der politischen und militärischen Führung einstimmig beschlossen worden war.

Eine besondere Form der Entscheidungsfindung bildete ab 1937 die Verbindungskonferenz zwischen Innerem Kabinett und militärischem Oberkommando. Gewöhnlich wurde ein Beschluß dieses Gremiums anschließend noch durch eine Kaiserliche Konferenz, also in Anwesenheit des *Tennō*, bestätigt, um der Entscheidung größeres Gewicht und Prestige zu verleihen. Heer und Marine besaßen übrigens noch ein besonderes Druckmittel, da sie selbst den Kriegs- bzw. den Marineminister stellten. Dadurch konnten sie ein unliebsames Kabinett stürzen bzw. seine Bildung von vornherein verhindern. In der Praxis machten aber die Militärs von diesem Mittel nur sehr selten Gebrauch, da sie selbst auch Interesse daran hatten, eine Lähmung des politischen Prozesses zu verhindern.

Ziemlich genau nach dem hier gezeichneten Schema lief auch der Entscheidungsprozeß im Falle des Antikominternpakts ab. Wesentlich waren die Konferenzen zwischen Heer, Marine und Außenministerium auf der mittleren Ebene im Sommer 1936. Dabei wurde schnell klar, daß nicht nur die Armee, sondern auch das Außenministerium ein starkes Interesse an einer lockeren Verbindung mit Deutschland gegen die UdSSR hatte. Das entsprach dem grundlegend antisowjetischen Charakter der Politik von Außenminister *Arita* und

Premier *Hirota*, der ebenfalls Berufsdiplomat war.

Die Marine stimmte dem Antikominternpakt nur etwas lustlos zu. Sie war an einer Konfrontation mit der UdSSR - dem traditionellen Hauptfeind der Armee - nicht interessiert, sah aber andererseits eine gewisse Chance, die Sowjetunion zu neutralisieren, um Japan für ein etwaiges Ausgreifen nach Südostasien den Rücken freizuhalten. Gerade im Jahre 1936 nämlich entstanden innerhalb der Marine entscheidende Pläne für diesen sogenannten "Südstoß". Auch Deutschland als kommender maritimer Macht, die ein Gegengewicht zu England bilden würde, wurde bereits Bedeutung zugemessen.

Die erste größere Bewährungsprobe für die Verbindung zwischen Deutschland und Japan kam mit dem Ausbruch des China-Krieges im Juli 1937. Auslösender Faktor war ein Zwischenfall zwischen japanischen und chinesischen Truppen an der Marco-Polo-Brücke bei Peking. Die Japaner hatten in diesem Raum seit 1901 auf der Grundlage des "Boxer-Protokolls" Truppen stationiert. *Tōkyō* hatte nicht etwa zielstrebig auf einen Krieg mit China hingesteuert, sondern war vielmehr der Ansicht gewesen, seine jahrelangen Erpressungen fortsetzen und Zugeständnisse erpressen zu können. Daß sich China nun derart entschlossen gegen die ständigen Demütigungen zur Wehr setzte, kam für Japan als große Überraschung.

Die UdSSR und die Westmächte reagierten auf den Krieg mit Rüstungs- und Finanzhilfe für Chiang Kai-shek und mit diplomatischem Druck auf *Tōkyō*. Tief betroffen war aber auch Berlin, das als einzige Großmacht gute Beziehungen zu beiden kämpfenden Parteien unterhalten hatte. Deutschlands Wirtschaftsinteressen in China waren wesentlich stärker als diejenigen in Japan; außerdem dienten in der Kuomintang-Armee deutsche Offiziere als Berater und Ausbilder. Berlin hatte starkes

Interesse an der Schaffung eines geeinigten und starken China als Gegengewicht zur UdSSR. In der Ferne schien sogar eine gemeinsame deutsch-japanisch-chinesische Front gegen die Sowjetunion heraufzudämmern. Der Krieg kam auch deshalb ungelegen, weil sich die schon vorher begonnene Zusammenarbeit der Kuomintang unter Chiang mit den Kommunisten unter Mao Tse-tung weiter festigte. Von einem Kampf gegen den Kommunismus, den Japan propagierte, konnte also keine Rede sein. Im Gegenteil wurde die Position der chinesischen Kommunisten durch den Krieg gestärkt.

Auch innerhalb des japanischen Generalstabs tauchte starker Widerstand gegen eine Fortsetzung des Krieges auf, da nach Ansicht vieler Offiziere die zu erwartende lange Dauer des Konfliktes und die hohen Kosten Japans Rüstungspläne gegen die UdSSR weitgehend zunichte machen würden. Der Generalstab wandte sich deshalb an Deutschland um eine Vermittlung, die sehr schnell zu der - nach dem Botschafter des Reiches in Nanking benannten - Trautmann-Mission führte. Innerhalb der japanischen Armee aber war es nur eine kleine - wenn auch einflußreiche - Minderheit, die für einen baldigen Friedensschluß plädierte. Die Mehrheit, insbesondere die Feldarmeen und das Kriegsministerium, hofften auf einen vollständigen Sieg und entsprechend hohe Gewinne. Für die Friedenspartei im Generalstab war das Verhalten der anderen Machtgruppen aber noch verhängnisvoller. Eine - wenn auch nur schwache - Unterstützung kam in den Verbindungskonferenzen lediglich von Seiten der Admiralität. Kriegs-, Außen- und Marineminister forderten dagegen mit Nachdruck eine Fortsetzung des Krieges, der nur mit der Festschreibung japanischer Kontrolle und japanischer Beherrschung von großen Gebieten der chinesischen Landmasse enden dürfte.

Im Januar 1938 unterwarf sich der Generalstab dieser Mehrheitsentscheidung, um die Einheit der japanischen

Führung zu retten und eine Regierungskrise zu verhindern. Damit hatten sich einflußreiche Vertreter der Armee der Entscheidung der zivilen Regierung gebeugt. Das Außenministerium, im Kabinett vertreten durch Außenminister *Hirota*, verfolgte seit Jahren die Politik einer Einflußerweiterung in China, ging dabei aber nur so weit, daß die Schwelle zu einer direkten Konfrontation mit den Westmächten nicht überschritten wurde. Im ersten Halbjahr des China-Krieges hatte sich aber bereits erwiesen, daß das Ausland nicht zugunsten Chiang Kaisheks eingreifen würde. Japan hatte damit freie Hand, ohne einen großen Krieg mit anderen Mächten zu riskieren.

Anders lagen die Motive der Marine für die unnachgiebige Haltung. Sie hatte im Gegensatz zur Armee keinerlei Interesse an Nord-China, dem potentiellen Aufmarschgebiet gegen die UdSSR. Statt dessen betrachtete sie Süd-China als Sprungbrett für den geplanten Südstoß. Daher sorgte die Marine systematisch für eine Ausweitung des Krieges nach Süd-China, so z.B. nach Schanghai und Quemoy. Bis zum Jahre 1939 kontrollierte sie fast die ganze chinesische Küste, brach den langjährigen Widerstand der Armee gegen eine Eroberung der Insel Hainan und besetzte auch die Spratlys. Bei diesen handelt es sich um eine zwischen den heutigen Staaten Indonesien, Vietnam und den Philippinen gelegene Inselgruppe, deren Zugehörigkeit ungeklärt war - und auch heute noch umstritten ist. Damit befand sich die Marine schon vor Ausbruch des Krieges in Europa praktisch vor der Haustür von Indochina und Niederländisch-Indien; außerdem hatte sie einen Keil zwischen die amerikanischen Philippinen und die britische Bastion Singapur getrieben.

Inzwischen liefen seit 1938 die Bündnisverhandlungen mit Deutschland und Italien. Das Heer forderte, entsprechend den Wünschen der Achsenmächte, eine

Gültigkeit des angestrebten Abkommens auch gegen England und Frankreich. An die USA mit ihrer isolationistischen Politik dachte man damals noch sehr wenig. Außenministerium und Marine dagegen waren nur zum Abschluß gegen die UdSSR bereit. Nach den Erfahrungen mit dem Antikominternpakt ließ sich aber auch ein antisowjetisches Abkommen nutzen, um mit Hilfe der demonstrierten Einheitsfront revisionistischer Mächte Druck gegen England und Frankreich auszuüben. Einem Krieg mit den Westmächten aber fühlte sich die Marine noch nicht gewachsen.

Allein während des Kabinetts *Hiranuma* - vom Januar bis August 1939 - tagte das Innere Kabinett wegen dieser Bündnisfrage über siebzigmal. Dabei war der Kriegsminister in einer völlig isolierten Position. Das Patt wurde aber nicht dadurch gelöst, daß die Armee sich durchsetzte, sondern daß die anderen Machtgruppen sich bereit zeigten, lieber einen Kabinettssturz zu riskieren, als sich erpressen zu lassen. Es erwies sich, daß die Macht des Heeres eigentlich nur destruktiver Natur war. Die Armee konnte jeden unliebsamen Kurs verhindern, sie konnte aber die anderen Eliten nicht zwingen, gegen ihre Überzeugungen eine bestimmte Politik zu billigen. Statt dessen blieb eine Angelegenheit endlos in der Schwebe. Die Entscheidung gegen ein Bündnis in der von Deutschland geforderten Form war bereits so gut wie gefallen, als der Hitler-Stalin-Pakt den Entwurf endgültig vom Tisch fegte. Nun folgte eine Periode der Abkühlung, doch vermied es Japan sorgfältig, eindeutig gegen Deutschland Stellung zu beziehen, da der Ausgang des am 1. September 1939 ausgebrochenen Krieges noch völlig offen war. Auch aus dem Außenministerium kamen gelegentlich wohldosierte freundliche Worte an die Adresse Berlins. Mit den deutschen Siegen im Westen schlug die Stimmung im Frühjahr 1940 endgültig um. Die Regierung unter Admiral *Yonai* mußte zurücktreten und wurde ersetzt durch

das zweite Kabinett des Fürsten *Konoe*. Dessen Außenminister *Matsuoka* erweckte mit seiner krankhaften Prahlerei den Eindruck, die japanische Außenpolitik allein gestaltet zu haben, ein Eindruck, der auch in der Geschichtsschreibung noch nachwirkt. In Wirklichkeit war auch er nur der Vollstrecker von Mehrheitsbeschlüssen, insbesondere bei dem Abschluß des Dreimächtepakts und des Neutralitätsabkommens mit der Sowjetunion. Man muß allerdings einräumen, daß *Matsuoka* mit seiner dynamischen Art den Entscheidungsprozeß beschleunigt hat.

Eine Verbindung mit Deutschland war im Sommer 1940 praktisch von allen Machtgruppen gefordert worden, insbesondere von den Militärs. Die Marine machte einige Sonderwünsche geltend, die schließlich zu einem geheimen Briefaustausch im Zusammenhang mit dem Dreimächtepakt führten. Dadurch wurde in reichlich unklaren Formulierungen Japans Bündnispflicht gegen die USA eingeschränkt. Auch ein Ausgleich mit der UdSSR war weitgehend beschlossene Sache. Das Heer hatte sich zu der Politik der Marine bekehren lassen, d.h. zur Abwendung von der Sowjetunion als Gegner und statt dessen zur Durchführung des "Südstoßes". Die Armee vertrat künftig diese Politik sogar viel radikaler als die Marine. Mit seinen Versuchen aber, eine darüber hinausgehende persönliche Politik zu führen, scheiterte *Matsuoka*. Dazu gehörten seine Bemühungen um einen Friedensschluß mit China, Forderungen nach einem Angriff auf Singapur und schließlich sein Rat, an Deutschlands Seite in den Krieg gegen die UdSSR einzutreten; auch für einen Abbruch der Ausgleichsgespräche mit den USA setzte er sich vergeblich ein. Ebenso ignoriert wurden seine Warnungen, die USA nicht mit einer Besetzung Süd-Indochinas unnötig zu provozieren. Durchgeführt wurde dieser Schritt schließlich erst nach seinem Sturz. Damit setzte Japan seine traditionelle

Politik fort, auf Kosten der Westmächte schrittweise Vorteile zu erringen, ohne einen Krieg führen zu müssen. Dieses Mal aber war man zu weit gegangen; das amerikanische Embargo, das der japanischen Invasion folgte, löste in *Tōkyō* einen Schock aus - und führte dann mehr oder weniger automatisch in den Krieg.

Die "Neue Struktur"

Während all dieser Jahre waren innerhalb Japans Veränderungen der politischen und wirtschaftlichen Struktur vor sich gegangen. Die Parteien hatten schon im Jahre 1932, nach der Ermordung von Premierminister *Inukai*, aufgehört, die Kabinette zu bilden, auch wenn einzelne Vertreter aus ihren Reihen danach noch Ministerposten bekleideten. Auch spielte das Unterhaus weiterhin seine Rolle bei der Billigung des Haushalts und der Gesetzesvorlagen. In der Welle des Chauvinismus, die der Mandschurische Zwischenfall und später der China-Krieg hervorbrachten, errangen die Militärs immer mehr Ansehen und Einfluß. Auf den Sessel des Premierministers gelangte schließlich im Juni 1937 Fürst *Konoe Fumimaro*.[6] Er gehörte dem höchsten Adelsgeschlecht an und war mit dem Kaiserhaus verwandt. In seiner Jugend hatte er für den Sozialismus geschwärmt und schon sehr früh eine gegen die angelsächsischen Mächte gerichtete Politik gefordert. Leitthema seiner immer wieder geäußerten Grundüberzeugung sollte die Forderung nach "internationaler und sozialer Gerechtigkeit" werden, d.h.

6. *Konoe Fumimaro* (1891–1945) bekleidete folgende politische Ämter: Ab 1916 Mitglied des Oberhauses; 1933–1937 Präsident des Oberhauses; 1937–1939 Premierminister; 1939–1940 Präsident des Geheimen Staatsrats; 1940–1941 wieder Premierminister; 1941–1945 als "älterer Staatsmann" (*jūshin*) Berater des Thrones.

mit anderen Worten: territoriale Expansion und innere Reformen. In *Konoe* und seinen Anhängern fand sich eine Verbindung von Nationalismus und Sozialismus, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg für viele Bewegungen der "Dritten Welt" typisch werden sollte. Später, in *Konoes* Amtszeit als Premierminister, fanden seine Sympathien für den Sozialismus ihren Ausdruck und ihre Fortsetzung in Maßnahmen zur Errichtung einer Planwirtschaft und in einer staatlichen Sozialpolitik.

Da *Konoe* auf Grund seines Standes eine glänzende politische Karriere bevorzustehen schien, scharten sich um ihn die Lobbyisten, um mit seiner Hilfe an Einfluß zu gewinnen. Schließlich gelangte der Fürst an die Spitze eines Konglomerats von nationalistisch gesinnten Machtgruppen mit sozialistischem Einschlag, die man häufig mit dem Fachwort "Reformistische Rechte"[7] bezeichnet. Dazu gehörten:

- *Konoes* persönliche "brain trusts", die *Shōwa Kenkyūkai* und die *Kokusaku Kenkyūkai.*
- Nationalistische Organisationen.
- Junge Beamte verschiedener Ministerien.
- Kleine rechtsradikale Parteien.
- Minderheitsfraktionen der beiden großen Parteien *Minseitō* und *Seiyūkai.*
- Nach Ausbruch des China-Krieges auch die Sozialistische Massenpartei.

Diese Gruppen gingen enge Beziehungen zu der in der Armee seit 1936 dominierenden Clique ein, der *Tōsei-* (= Kontroll-) Fraktion. Mit dieser verband sie eine antikapitalistische, antiliberale und antibritische Grundhaltung; der Kampf gegen den Kommunismus und eine antisowjetische Politik waren dagegen weniger ausgeprägt. Gemeinsam versuchten Zivilisten und Militärs während *Konoes* erstem Kabinett (Juni 1937–

7. *Kakushin uyoku.*

Januar 1939), begünstigt durch die nationalistische Euphorie des China-Krieges, planwirtschaftliche Maßnahmen durchzusetzen, die am sowjetischen Fünfjahresplan und an der Wirtschaftsplanung des nationalsozialistischen Deutschland orientiert waren. Dazu gehörten vor allem ein "Gesetz zur wirtschaftlichen Mobilisierung" und ein "Gesetz zur staatlichen Aufsicht über die Elektrizitätserzeugung", die im Jahre 1938 erlassen wurden. Zum Ziel wurde die "Vollendung eines hochentwickelten nationalen Verteidigungsstaates" erklärt. Die als "pro-britisch" und als "liberal" bekämpften Gegner der Reformisten - Finanzkreise, weite Teile des Parlaments, Kaiserhof und konservative Bürokratie - leisteten heftigen Widerstand gegen die entweder als "kommunistisch" oder als "faschistisch" angesehene Politik der Machtgruppen um *Konoe*.

Die Anhänger des Fürsten riefen zwecks Brechung der Opposition, die den wirtschaftlich-sozialen Status quo zu retten suchte und zu erheblichen Komplikationen bei der Billigung der Gesetzeswerke im Parlament geführt hatte, eine Bewegung zur Auflösung der bestehenden Parteien und zur Gründung einer Einheitspartei unter der Leitung *Konoes* ins Leben. Dabei war eine aktive Minderheit deutlich am deutsch-italienischen Vorbild orientiert. Auch *Konoes* brain trust, die *Shōwa Kenkyūkai* und die Gruppe der jungen Beamten hatten sich in ihrer Wirtschaftspolitik weitgehend am deutschen Nationalsozialismus orientiert. Zu den aktivsten Befürwortern einer totalitären Einheitspartei gehörten die im Parlament vertretene rechtsradikale *Tōhōkai*[8] und die Sozialistische Massenpartei[9] sowie *Konoes* Innenminister, *Suetsugu Nobumasa*, ein in den mittleren Ranggruppen der

8. Verband des Ostens; Parteivorsitzender war *Nakano Seigō*.
9. *Shakai Taishūtō*.

Marine über einen großen Anhang verfügender inaktiver Admiral, und der Diplomat *Shiratori Toshio*, der Ende 1938 den Botschafterposten in Rom antrat. All diese Personen und Organisationen forderten neben den inneren Reformen eine enge Militärallianz mit Deutschland und Italien. In ihren Propagandakampagnen, die diesem Ziel dienen sollten, wurde immer stärker England zum Hauptfeind erklärt. In ihren außenpolitischen und militärischen Zielen spiegelten sich damit ihre ideologischen Sympathien und Antipathien wider.

Die Bewegung für eine innere Umgestaltung Japans fand ein abruptes Ende mit *Konoes* Rücktritt im Januar 1939, der hauptsächlich durch den festgefahrenen China-Krieg verursacht worden war. Der neue Premierminister, *Hiranuma Kiichirō*, war der Führer eines anderen nationalistischen Lagers, der Idealistischen[10] oder Nipponistischen Rechten. Diese ging auf Gründungen in der frühen *Meiji*-Zeit zurück und war an altjapanischen Werten orientiert. Diese - keiner einheitlichen Organisation angehörenden - Gruppierungen verehrten besonders die Kaiser-Institution und das *kokutai*, die nationale Besonderheit und Einmaligkeit des japanischen Staatswesens mit dem *Tennō* an der Spitze. Für soziale Forderungen hatten sie dagegen wenig Verständnis und sahen diese immer gleich als Subversion an. Ihren kompromißlosen Antikommunismus und ihre antisowjetische Einstellung teilten sie mit den Generalen der sogenannten *Kōdō*-Fraktion,[11] die nach dem gescheiterten Putsch vom Februar 1936 aus der Armee hatte ausscheiden müssen, politisch aber noch über Einfluß verfügten. Nipponisten und *Kōdō*-Generale unterhielten enge Kontakte zueinander und bemühten sich während des Kabinetts *Hiranuma* um Unterstützung durch Par-

10. *Seishin uyoku* oder *Kannen uyoku*.
11. Fraktion des Kaiserlichen Weges.

teien, Wirtschaft und Hof. Die japanische Öffentlichkeit staunte über die sich rasch ausbreitende Harmonie zwischen dem einst als extrem nationalistisch angesehenen und dem liberalen Lager.

Erst im Sommer 1940 sollte die Reformistische Rechte mit der zweiten Kabinettsbildung *Konoes* wieder zu Einfluß gelangen. Deutlichster Ausdruck davon waren - in der Außenpolitik - der Dreimächtepakt und das Neutralitätsabkommen mit der UdSSR sowie - in der Innenpolitik - die Gründung einer Einheitspartei (*Taisei Yokusankai*) im Oktober 1940. Dabei wurde versucht, in die neue Organisation nicht nur die ehemaligen Parteien zu integrieren, sondern auch kulturelle Vereinigungen, Gewerkschaften, Agrargenossenschaften, Journalisten und berufsständische Vertretungen. Von den Zielen hatten jedoch die beteiligten Gruppen, die sich folgendermaßen grob einteilen lassen, völlig unterschiedliche Vorstellungen:

- Die radikale Rechte und Teile der Armee hofften auf eine totalitäre Einheitspartei nach deutsch-italienischem Muster, da die militärischen Erfolge der Achse angeblich die Überlegenheit der totalitären über die liberale Staatsstruktur bewiesen hätten.
- *Konoe* selbst, sein Freundeskreis und die reformistischen Flügel der beiden großen Parteien - zusammenzufassen am ehesten als "gemäßigte Reformisten" - hofften auf eine Möglichkeit, Politik und Wirtschaft effektiver zu gestalten und das Militär der politischen Führung unterzuordnen.
- Die meisten Vertreter der alten Parteien erwarteten dagegen, ihre alten Pfründe unter neuem Namen zu retten und ihren Einfluß in der Politik zu erweitern.
- Die Nipponisten dagegen planten die Schaffung eines Propagandainstrumentes, um die Bereitschaft der Bevölkerung zum Dienst an Thron und Nation zu stärken.

So bunt wie die beteiligten Gruppen, so vielfältig war auch die Zusammensetzung der Führungsspitze. Es dominierten jedoch eindeutig die gemäßigt-reformistischen Kräfte des *Konoe*-Kreises und die Radikalen, die für den Aufbau einer totalitären Massenbasis plädierten. Deren extreme Forderungen ließen *Konoe* bald erkennen, daß er sich nicht - wie ursprünglich erhofft - mehr, sondern weniger Bewegungfreiheit durch die Gründung der Einheitsorganisation verschafft hatte. Er sann daher darauf, die Aktivitäten der *Taisei Yokusankai* zu beschneiden und ernannte dazu den konservativ-reaktionären *Hiranuma* zum Innenminister. Dieser lehnte als glühender "Nipponist" alle ausländischen Vorbilder als "unjapanischen" Import ab und sah besonders im Kommunismus und im Faschismus die Gefahr einer Politisierung und Revolutionierung der Massen. Seine Grundüberzeugung von der Wesensverwandtschaft beider Regierungsformen wurde durch das scheinbar herzliche deutsch-sowjetische Verhältnis noch gestärkt. Mit Mißtrauen sah er auch die Bemühungen der Reformisten, die UdSSR in einen gemeinsamen Block mit Japan und den europäischen Achsenmächten zu ziehen.

Bis zum Frühjahr 1941 säuberte *Hiranuma* die Einheitsorganisation von ihrer radikalen Führung und unterstellte sie dem von ihm selbst geleiteten - ausgesprochen konservativen - Innenministerium. Dazu ging er eine lose Koalition mit anderen Machtgruppen ein, und zwar - neben der Nipponistischen Rechten - mit den *Kōdō*-Generalen, der Wirtschaft, konservativen Parteipolitikern und Bürokraten. Außerdem genoß er die offene Sympathie des Hofes. Wurden seine Maßnahmen offiziell als Kampf gegen den Kommunismus geführt, so enthielten sie doch eine deutliche Spitze gegen Deutschland. Japan hatte es verstanden, nicht nur in außenpolitischer, sondern auch in ideologischer Hinsicht unabhängig zu bleiben. Etwa gleichzeitig mit den

innenpolitischen Säuberungen wurden Ausgleichsgespräche mit den USA geführt, hinter denen im wesentlichen die gleichen Gruppen standen wie hinter der Rückkehr zu einer konservativen Innenpolitik und der weitgehenden Bewahrung des alten Wirtschaftssystems. Der deutsche Botschafter, Eugen Ott, reagierte daher gleichermaßen verärgert auf die innere wie äußere Neuorientierung. Deutschland verfügte in *Tōkyō* offensichtlich kaum noch über eine Lobby. Einer der Hauptgründe für Japans eigenen Weg lag darin, daß der im Vorjahr erwartete militärische Sieg des Reiches über England ausgeblieben war. Dadurch verloren nicht nur Deutschland als Allianzpartner, sondern auch das - zeitweise als überlegen angesehene - totalitäre System an Attraktivität.

Die unüberlegte Rückkehr zur Politik der Experimente und der begrenzten Gewinne aber, die im Sommer 1941 in der Besetzung Süd-Indochinas ihren Ausdruck fand, beschnitt Japans Handlungsfreiheit wegen der unerwartet harten Reaktion der USA in Form von Wirtschaftssanktionen wieder und kettete das Kaiserreich an Deutschland, von dem es sich ja gerade hatte lösen wollen. Trotz des Kriegsausbruchs war jedoch der siegreiche Kampf gegen das reformistische Lager nicht ohne Langzeitwirkung. Vielmehr war dadurch nachhaltig die Entstehung einer neuen Elite verhindert worden, welche die alten Machtgruppen zu einem Schattendasein verurteilt hätte. Die seit der *Meiji*-Zeit bestehende kapitalistische Wirtschaftsordnung und die pluralistische Staatsstruktur wurden dadurch fast unverändert bewahrt. Damit nahm die Entwicklung in Japan einen ganz anderen Verlauf als in Deutschland, wo Industrie, konservativ-nationalistische Kreise und Reichswehr beabsichtigt hatten, sich "vorübergehend" der Nationalsozialisten zu bedienen, statt dessen aber einer neuen, revolutionären Elite den Weg bereitet und ihre eigene

Entmachtung eingeleitet hatten.

Konoe, der jahrelang zwischen den verschiedensten politischen Lagern geschwankt hatte, distanzierte sich 1940/41 endgültig von den Reformisten. Seine Verbindung mit der konservativen Koalition sollte auch den Kriegsbeginn überdauern, so daß der Fürst während des Pazifischen Krieges eine Bewegung für einen vorzeitigen Friedensschluß führte. Zu seinen Verbündeten gehörten u.a. Bürokraten, Mitglieder des Kaiserhofes, *Kōdō*-Generale, Führer der ehemaligen konservativen Parteien, Vertreter der Finanzwelt und hohe Offiziere der Marine. Diese Gruppe war maßgeblich an dem Sturz des Kriegspremiers *Tōjō* im Jahre 1944 beteiligt, in der Hoffnung, damit einem Friedensschluß näher zu kommen. In seinem Kampf gegen die dominierende Heeresclique bediente sich *Konoe* nun derselben - unausgewogenen - Argumente wie vor ihm schon *Hiranuma*: Für die japanische Expansionspolitik seit dem Mandschurischen Konflikt seien "reformistische" Militärs verantwortlich, die in Zusammenarbeit mit zivilen Kreisen die Kriege zwecks Förderung innerer Umwälzungen und einer kommunistischen Revolution angezettelt hätten. Schließlich war die *Konoe*-Gruppe an dem - in Japan sehr umstrittenen - Beschluß zur Kapitulation im August 1945 beteiligt, um die Monarchie zu retten und revolutionäre Umwälzungen zu verhindern.

Konoe machte sich nach Beendigung des Krieges Hoffnungen auf das Amt des Premierministers von MacArthurs Gnaden. Diese Entwicklung wäre eine logische Fortsetzung der konservativen Koalitionsbildung um die Jahreswende 1940/41, der japanisch-amerikanischen Ausgleichsversuche im Jahre 1941 und der Friedensbewegung während des Pazifischen Krieges gewesen. Die USA waren jedoch der Ansicht, mit der Schonung des Kaiserhauses ausreichend für eine Stabilisierung Japans gesorgt zu haben, und klagten *Konoe* als

Kriegsverbrecher an. Der Fürst entzog sich aber dem Internationalen Militärgerichtshof durch Selbstmord. Die Lücke, die er hinterließ, wurde schnell geschlossen. In den Jahren nach 1945 wurden die Grundlagen der japanischen Nachkriegsdemokratie geschaffen, in der so viele Ideale und Ziele der - zunächst von *Hiranuma* und später von *Konoe* geführten - Konservativen aus der Vorkriegs- und Kriegszeit verwirklicht wurden und in der sie selbst - Bürokraten, konservative Parteipolitiker und Industrielle - die beherrschenden Funktionen ausüben. Zu der Politik, die diese Kreise schon vor dem Kriege so oder ähnlich angestrebt hatten, gehören ein stark antikommunistischer und antisowjetischer Kurs, eine enge Anlehnung an die USA, eine mit friedlichen Mitteln errungene wirtschaftliche Vormachtstellung in Ost- und Südostasien, Vorrang für die Interessen der Industrie, eine Unterordnung der Militärs unter die zivile Führung und eine starke Begrenzung des Verteidigungsbudgets. Das Problem der Kontinuität von der konservativen Bewegung der Vorkriegszeit, die sich gegen die Militärs und die zivilen Reformisten, gegen eine Achsenpolitik und für einen antisowjetischen sowie antikommunistischen Kurs eingesetzt hatten, bis zur politischen Struktur des Nachkriegsjapan ist in der Geschichtsschreibung noch gar nicht behandelt worden. Statt dessen wird viel eher eine angebliche Kontinuität von den Expansionisten bis zur konservativen Führung von heute betont. Eine differenziertere Betrachtung dürfte das künftige Gebot der Historiographie sein. Vielleicht gerät dabei auch das stereotype Urteil von der "aufoktroyierten Demokratie" ins Wanken, und möglicherweise wird sich dabei zeigen, daß der japanische Parlamentarismus der Nachkriegszeit zu einem großen Teil"hausgemacht" ist.

Gerhard Krebs
geb. 1943 in Warschau

1965–71 Studium der Fächer Geschichte und Germanistik an den Universitäten Hamburg und Freiburg/Br.

1971–74 Studium der japanischen Sprache als DAAD-Stipendiat an der Universität Bonn und der Naganuma-Schule in Tokyo

1976–78 Forschungsaufenthalt als Mombushō-Stipendiat an der Sophia-Universität in Tokyo

seit 1.4.1981 als DAAD-Lektor an der Waseda-Universität in Tokyo

Juli 1982 Abschluß der Promotion an der Universität Freiburg/Br. mit dem Thema: "Japans Deutschlandpolitik 1935–1941. Eine Studie zur Vorgeschichte des Pazifischen Krieges."

Veröffentlichungen zu den deutsch-japanischen Beziehungen und zur japanischen Zeitgeschichte